



Sport Sandro Burki zu Besuch in Glasgow
Topklub Celtic zeigt Interesse am Aarauer Fussballprofi. > 31



Foyer Castingshow-Sieger will Tenor werden
Paul Potts präsentiert eine CD und kommt nach Zürich. > 41



Stellenangebote > 14-20

AARGAUER ZEITUNG

MITTELLAND ZEITUNG



A bis Z Damenwahl auf der Wiesn
Uschi Glas und Co. zeigten ihre Dirndl. > 40

Aargau

Wirksame Selbsthilfe

Die Bedeutung von Selbsthilfegruppen wurde lange kaum beachtet. Allmählich wird den Selbsthilfegruppen aber mehr Wertschätzung entgegengebracht. Einerseits, weil Mitglieder von Selbsthilfegruppen erwiesenermassen physisch und psychisch profitieren vom Austausch mit Gleichbetroffenen. Andererseits aber, weil die Selbsthilfegruppen einen wesentlichen Beitrag zur Gesundheitsversorgung leisten und damit zur Senkung der Gesundheitskosten beitragen. Seit 25 Jahren vermittelt das Selbsthilfezentrum Aargau Adressen, unterstützt die Selbsthilfegruppen und hilft beim Aufbau neuer Angebote mit. (Z1) **Seite 25**

Einweihung des Gedenkjahr-Platzes

Im Rahmen des Habsburger-Gedenkjahrs wurde gestern Abend am Dorfeingang von Habsburg der Gedenkjahr-Platz in einem feierlichen Festakt eingeweiht. Elf im Kreis gepflanzte Linden erinnern an die elf Orte im frühhabsburgischen Eigenamt und die elf entsprechenden Aargauer Bezirke. (SP1) **Seite 23**

HEUTE FINDEN SIE:

- Börsen 12
- Kino 22
- Todesanzeigen 29
- Wetter 30
- Immobilienmarkt 38/39
- TV/Radio 45
- Forum & Leserbrief 46

DIE GUTE NACHRICHT

Korruption in der Schweiz kein Problem

Bei der internationalen Korruptionsbekämpfung liegt die Schweiz nach wie vor in der Spitzengruppe. Auf dem Index der Korruptionswahrnehmung von Transparency International (TI) verbesserte sich die Schweiz vom siebten auf den fünften Platz. Die Punktezahl ist mit neun seit Jahren stabil. Der Index zeige, dass die Korruption in der Schweiz nicht als ein vordringliches Problem wahrgenommen werde. (AP)

GESAGT

«Die Terroristen zur Strecke zu bringen, ist der beste Weg, um unsere Völker zu schützen.»

GEORGE W. BUSH, US-Präsident, in seiner achten und letzten Rede vor der UNO-Vollversammlung in New York

Mittel sind gesichert

Grosser Rat Ja zum Demokratiezentrum

Durchbruch für das Zentrum für Demokratie (ZDA) in Aarau: Nach der Stadt hat auch der Kanton den Weg für die Finanzierung geebnet. Damit steht fest, dass neben einem Lehrstuhl für Politikwissenschaften der Universität Zürich und dem Zentrum für Politische Bildung und Didaktik der Fachhochschule Nordwestschweiz auch das Centre for Research on Direct Democracy in Aarau domiziliert sein wird. Der Grosse Rat bewilligte einen jährlich wiederkehrenden Kredit in der Höhe von 800 000 Franken. Die SVP wehrte sich als einzige Fraktion im Grossen Rat gegen das bis 2022 abgeschlossene Engagement, verzichtete aber auf das Behördenreferendum. (BBR.) **Seite 21**

Programm droht der Absturz

Nationalrat Verhärtete Fronten bei der Rüstung

Nach dem gestrigen Eintretensbeschluss droht dem Rüstungsprogramm heute im Nationalrat der Absturz.

MATHIAS KÜNG
Nach fast dreistündiger Debatte hat der Nationalrat einen Antrag der SVP zur Sistierung des Rüstungsprogramms 08 (RP 08) klar abgelehnt. Ebenso erging es Anträgen der Grünen auf Nicht-eintreten und der SVP auf Rückweisung an den Bundesrat.

In der Fortsetzung der Debatte wird sich Verteidigungsminister Schmid nochmals vehement für das RP einsetzen und der Rat wird über einen Antrag der SP befinden, welche die Erneuerung der F/A-18-Kampfflugzeuge vom RP 08 trennen und dann ablehnen will. FDP und CVP/GLP/EVP wollen der SP hier aber nicht entgegenkommen, um so deren Ja zu einem reduzierten RP zu sichern. Jetzt deutet alles auf einen Absturz des RP. Denn wenn die F/A-18 drinbleiben, wird die SP alles ablehnen. Die SVP bekräftigte gestern Abend ihr integrales Nein, bis Führungsstruktur und Auftrag der Armee geklärt seien. **Seite 7**

ment für das RP einsetzen und der Rat wird über einen Antrag der SP befinden, welche die Erneuerung der F/A-18-Kampfflugzeuge vom RP 08 trennen und dann ablehnen will. FDP und CVP/GLP/EVP wollen der SP hier aber nicht entgegenkommen, um so deren Ja zu einem reduzierten RP zu sichern. Jetzt deutet alles auf einen Absturz des RP. Denn wenn die F/A-18 drinbleiben, wird die SP alles ablehnen. Die SVP bekräftigte gestern Abend ihr integrales Nein, bis Führungsstruktur und Auftrag der Armee geklärt seien. **Seite 7**



KÄMPFT Samuel Schmid. ea

Kommentar

Geisel der Parteipolitik



MATHIAS KÜNG

Die Positionen sind bezogen, der mindestens vorläufige Absturz des Rüstungsprogramms in der heutigen Debatte im Nationalrat scheint unabwendbar. Schon jetzt wird der schwarze Peter herumgeschoben. So geht es der SVP mit ihrem Nein plötzlich nicht mehr darum, Samuel Schmid abzusetzen, sondern darum, vor einem Ja den Auftrag der Armee zu klären. Offenbar konnte die Partei ihr Manöver der eigenen Basis nicht verständlich machen. Auch die SP weiss schon, wer am Debakel schuld ist: Die Mitteparteien, wenn sie sich mit ihr auf keinen Deal einlassen, um den «grossen Service» am F/A-18 «abzuschliessen». Echte Freude am Absturz werden aber nur die Grünen haben. Ihr Nein ist konsequent, wenn man keine eigene Armee will. Nur noch FDP und CVP stützen das bundesrätliche Programm, weil es sie überzeugt, weil sie weiterhin eine kontinuierliche Erneuerung der Armee wollen und dass die Milizsoldaten das jeweils beste Material haben. Was sie auch verdienen. Unbesehen von aller berechtigten Kritik an der Person des Verteidigungsministers. Sie weigern sich, die Armee zur Geisel der Parteipolitik zu machen. Doch gegen eine unheilige Allianz von SP und SVP sind sie machtlos. So bleibt das Warten auf den Ständerat, der die Dinge im Dezember wieder ins Lot bringen soll. Vielleicht besinnt sich die SVP bis dann eines anderen? Die Erwartung, mit einem neuen Verteidigungsminister werde alles anders, wäre jedenfalls naiv. Die grossen sicherheitspolitischen Differenzen allein schon im bürgerlichen Lager bleiben nämlich bestehen.
mathias.kueng@azag.ch

Keller-Sutter über Merz & Co.

Interview Was die St. Galler Regierungsrätin über Sicherheitsfragen denkt

Seit einem Herz-Kreislauf-Stillstand befindet sich Hans-Rudolf Merz in Spitalpflege. Vorgestern gaben die Ärzte des Berner Inselspitals bekannt, der Finanzminister habe eine Operation gut überstanden und befinde sich in der Aufwachphase. Weitere Informationen sind für heute angekündigt. Inzwischen mehren sich Stimmen, die über eine Nachfolge im Bundesrat spekulieren, sollte Merz aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr ins Amt zurückkehren können. Als Kandidatin häufig genannt wird die St. Gallerin Karin Keller-Sutter. Die MZ führte mit der FDP-Regierungsrätin ein grosses Interview. (MRE) **Seiten 2/3**



KARIN KELLER-SUTTER «Ich mag Hans-Rudolf Merz gerne und stehe ihm nahe.» BEMARMELS/EX-PRESS



HANS-RUDOLF MERZ Erholt sich von Herz-Kreislauf-Stillstand. SBO

Staatliche Pensionskassen wollen Lohnmitsprache

Ethos Transparenz der Bonussysteme trotz Gesetzesrevision immer noch ungenügend

Nach Jahren der blossen Kritik hat die Ethos-Stiftung zusammen mit zwei Fondsgesellschaften und acht öffentlichen Pensionskassen, darunter die Aargauische, an den kommenden Generalversammlungen von ABB, CS, Nestlé, Novartis und UBS Anträge für eine konsultative Abstimmung über die Saläre

und Boni von Top-Managern und Verwaltungsräten eingereicht. Wie aus dem dritten Ethos-Bericht 2007 über die Vergütung in den Chefetagen von 48 kotierten Schweizer Firmen hervorgeht, hat sich die Lohntransparenz dank Gesetzesänderungen zwar stark verbessert, bleibt im internationalen Vergleich aber ungenügend.

Wenig transparent und streckenweise gar unkorrekt sind laut Ethos vor allem die Bonussysteme, die noch immer so gestaltet seien, dass das Management nichts zu verlieren habe. Bestbezahlter Manager war mit rund 30 Mio. Fr. Novartis-Chef Daniel Vasella, bestbezahlter VR war mit 14,6 Mio. CS-Mann Walter Kielholz. **Seite 11**



Appetit auf Bücher?
Kochbücher aus dem AT Verlag
A T VERLAG
www.at-verlag.ch

«Bei Gotthelf war einmal pro Jahr Chilbi – heute jeden Tag»

Karin Keller-Sutter Die St. Galler Regierungsrätin zu Bundesrat, Sicherheit, Jugendgewalt und Asylknatsch

Die Ereignisse rund um die Landesregierung sowie um Sicherheitsfragen gehören zu den heiss diskutierten Themen im laufenden Jahr. Ein Gespräch dazu mit Karin Keller-Sutter, Vorsteherin des St. Galler Sicherheits- und Justizdepartements und häufig genannte Bundesratskandidatin.

MARTIN REICHLIN,
SABINA STURZENEGGER

Frau Keller-Sutter, am Samstagabend erlitt der Ausserrhodener Bundesrat Hans-Rudolf Merz einen Herzstillstand und musste am Sonntag am Herzen operiert werden. Was ging Ihnen durch den Kopf, als Sie vom kritischen Zustand Ihres Parteifreundes hörten?

Karin Keller-Sutter: Der Vorfall hat mich tief getroffen und erschüttert. Ich schätze Hans-Rudolf Merz nicht nur als kompetenten Bundesrat, sondern als Menschen. Ich mag ihn sehr gerne und stehe ihm nahe. Meine Gedanken waren sofort auch bei seiner Familie, der ich viel Kraft wünsche.

Sie wissen aus der Vergangenheit, was es heisst, als Kandidatin für die Landesregierung gehandelt zu werden. Am Montag und Dienstag wurden Sie in den Medien als mögliche Nachfolgerin genannt, sollte Herr Merz sein Amt aus gesundheitlichen Gründen aufgeben müssen. Ist das Thema Bundesrat auch für Sie persönlich aktuell?

Keller-Sutter: Nein, in keiner Art und Weise. Wir alle hoffen nur eines, dass Hans-Rudolf Merz wieder ganz gesund wird und sein Amt wieder aufnehmen kann. Alles andere ist jetzt sekundär.

Neben Nachrichten aus dem Bundesrat wurden in letzter Zeit vor allem Sicherheitsthemen öffentlich heiss diskutiert. So heisst, dass der Eindruck entstand, mit der Sicherheit in der Schweiz sei es schlecht bestellt. Trauen Sie sich nachts noch allein auf die Strasse?

Keller-Sutter: Ich bin von Natur aus nicht ängstlich. Aber ich lese berufsbedingt viele Polizeirapporte und muss deshalb ehrlicherweise zugeben: Morgens um zwei Uhr allein über den St. Galler Marktplatz zu gehen, gehört nicht zu den Dingen, die ich unbedingt machen muss.

Also haben wir tatsächlich ein Sicherheitsproblem?

Keller-Sutter: Generell habe ich keine Bedenken, dass man sich nicht mehr frei und sicher bewegen könnte. Aber es gibt gesellschaftliche Erscheinungen, zum Beispiel beim Ausgehverhalten, die zum erwähnten Unsicherheitsgefühl im öffentlichen Raum führen. In unserer 24-Stunden-Gesellschaft sind mehr Leute nachts länger unterwegs, was grade unter Jungen zu mehr Konflikten und Delikten wie Körperverletzungen führt. So wurde beispielsweise jeder meiner drei Neffen bereits einmal verletzt oder sogar zusammengeschlagen. Ich wehre mich aber dagegen, alle Jugendlichen zu potenziellen Gewalttätern abzustempeln.

Trotzdem ist Ihnen nachts auf dem Marktplatz nicht mehr wohl.

Keller-Sutter: Es gab in den vergan-

genen Jahren markante Veränderungen bei der Art der begangenen Delikte. Beschäftigte uns in den 80er- und 90er-Jahren noch die Beschaffungskriminalität durch Drogenabhängige, also Einbrüche, Diebstähle und Ähnliches, kommt es heute häufiger zu Gewaltdelikten, die oft von Gruppen in der Freizeit und unter Alkoholeinfluss begangen werden. Dabei spielt auch eine Enthemmung, ein Grenzverlust mit. Heute wird häufig noch geschlagen und getreten, wenn das Opfer längst wehrlos ist.

Von alkoholisierten, gewalttätigen Jugendlichen ist in letzter Zeit auffallend häufig die Rede. Dennoch fällt es schwer zu glauben, dass diese Bevölkerungsschicht allein plötzlich die öffentliche Sicherheit massiv bedrohen würde.

Keller-Sutter: So ist es auch nicht. Die Jugendgewalt ist Teil der gesamten Gewalt, bei der bereits seit 30 Jahren eine Zunahme stattfindet. Das ist ein statistischer Fakt und passt zur Beobachtung, dass die Menschen in allen Teilen der Gesellschaft immer weniger bereit sind, gewisse Grenzen zu respektieren. Selbst in der Politik wird heute teilweise bis zur Besinnungslosigkeit aufeinander «eingepöbel».

Aber dass Gewalt ausbrechen kann, wo viele Menschen zusammen Alkohol konsumieren, ist doch kein neues Phänomen.

Keller-Sutter: Richtig, schon bei Jeremias Gotthelf gings mitunter ruppig zu und her, wenn sich die Burschen aus verschiedenen Dörfern an der Chilbi trafen. Aber bei Gotthelf war einmal im Jahr Chilbi – heute jeden Tag. Ausserdem wird heute schneller zum Messer gegriffen und härter zugeschlagen.

Woher rührt das?

Keller-Sutter: Dahinter stehen langfristige, gesellschaftliche Entwicklungen wie das veränderte Freizeitverhalten, die erhöhte Verfügbarkeit von Alkohol, die gewandelte Haltung gegenüber Autorität, Migrations- und Integrationsprobleme, Entwicklungen in der Erziehung oder die moderne Angebots- und Reizvielfalt. Und schliesslich auch unsere grössere Freiheit, die ich sehr begrüsse, die aber anspruchsvoll ist und nach Verantwortung und Solidarität verlangt. Freiheit heisst nicht Beliebigkeit.



Selbst in der Politik wird teilweise bis zur Besinnungslosigkeit «gepöbelt»

Wo müsste also der Hebel angesetzt werden? Bei der Repression?

Keller-Sutter: Wer bloss nach mehr Polizei und neuen Gesetzen ruft, verkennt die tieferen Ursachen der Gewalt. Es ist falsch, die Behebung sämtlicher Fehlentwicklungen an den Staat zu delegieren. Aus diesem Grund bin ich auch gegen Ausgangssperren für Jugendliche: Wir können doch nicht per Verbot ausputzen, was in der Erziehung schief läuft. Die Polizei ist nicht das Kindermädchen der Nation. Andererseits sollten gewisse Kreise anerkennen, dass es ein Gewaltproblem gibt, das auch ein Ausländerproblem ist. Es braucht also Repression und erhöhte Polizeipräsenz im öffentlichen Raum, aber auch, analog zur Drogenpolitik, Prävention und Integration. Diese drei Säulen müssen interdisziplinär, ohne ideologische Diskussionen, zusammenspielen.

An welche Massnahmen denken Sie dabei konkret?

Keller-Sutter: Da gibt es verschiedenste Ansätze. Wir setzen im Kanton St. Gallen beispielsweise so genannte Jugendpolizisten ein, die sich mit Jugendkriminalität beschäftigen, aber auch den Kontakt zu den Jugendlichen suchen und mit Schulen, Sozialbehörden und der Jugendanwaltschaft zusammenarbeiten. Wir haben aber auch begonnen, von der Schule ausgeschlossene Jugendliche stationär im Jugendheim Platanenhof zu platzieren. Das heisst nicht, dass alle auffälligen Schüler ins Heim sollten. Es kann aber nicht sein, dass straffällige Jugendliche vor den Schulen herumlungern und sich von den Kameraden als Helden feiern lassen.

Sollte das Jugendstrafrecht verschärft werden?

Keller-Sutter: Das Jugendstrafrecht will vorab erziehend auf den jungen Menschen einwirken. Und das ist im allergrössten Teil der Fälle, etwa bei Diebstählen oder kleineren Delikten, auch richtig. Allerdings gibt es Jugendliche, die das Profil von erwachsenen Straftätern aufweisen. In solchen Fällen – zum Beispiel bei einem 15-jährigen Vergewaltiger mit hoher Rückfallgefahr – würden die öffentliche Sicherheit und das allgemeine Gerechtigkeitsempfinden doch verlangen, dass man den Täter aus dem Verkehr ziehen würde.

Zuletzt haben Trinkgelage, «Botellónes», für Aufregung gesorgt. Sollten solche Events verboten werden?

Keller-Sutter: Sie könnten gestützt auf die polizeiliche Generalklausel verboten oder wegen «gesteigerten Allgemeingebrauchs» für Bewilligungspflichtig erklärt werden. Ich denke jedoch, das Thema wird aktuell überbewertet. Natürlich ist ein Botellón eher Ausdruck einer sinnentleerten Spassgesellschaft als einer sinnvollen Freizeitbeschäftigung. Der Blödsinn wurde aber durch den öffentlichen Aufschrei im Land für die Teilnehmer erst richtig interessant. Was mich an solchen Events mehr ärgert, ist, dass zum Schluss die Allgemeinheit die Kosten für die Reinigung und das leider notwendige Polizeiaufgebot übernehmen muss.

Ähnliche Probleme bereiten Hooligans. Am Montag hat der Nationalrat darauf verzichtet, das auf



KARIN
KELLER-SUTTER
St. Galler Regie-

rungs- und Justizdepartementes. Die FDP-Frau legte den Grundstein ihrer politischen Karriere als Gemeinderätin von Wil SG (1992–2000) und Kantonsrätin (1996–2000). Zudem war sie drei Jahre lang Präsidentin ihrer Kantonalpartei (1997–2000), bevor sie 2000 in den Regierungsrat gewählt wurde. Die studierte Übersetzerin, Konferenzdolmetscherin und Pädagogin ist 44, verheiratet und lebt in Wil.

TANJA DEMARMELS/EX-PRESS

Ende 2009 befristete «Hooligan-gesetz» (BWIS) durch neues Bundesrecht zu ersetzen. Ein Konkordat soll dafür in Zukunft die Sicherheit bei Sportveranstaltungen regeln. Welche Erfahrungen haben Sie mit dem BWIS gemacht?

Keller-Sutter: Sehr gute. Es war enorm wichtig, dass uns dieses Gesetz während der Euro 08 als Grundlage für Massnahmen wie Einreisesperren, Meldeauflagen oder die Hooligandatenbank (Hoogan) zur Verfügung stand. Der Kanton St. Gallen gehört denn auch zu jenen Kantonen, die sowohl die Hoogan wie auch die Massnahmen angewandt haben.

Wie weit ist das Konkordat, welches das BWIS ablösen wird, schon gediehen?

Keller-Sutter: Mittlerweile ist das von der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren (KKJD) erarbeitete Konkordat zustande gekommen. Das war nötig, weil das BWIS im Hinblick auf die Euro 08 und die Eishockey-WM 2009 zwar wichtig, aber eben auch verfassungswidrig war. Schliesslich liegt die Polizeihohheit bei den Kantonen, nicht beim Bund.

Welche Kantone sind dem Konkordat bisher beigetreten?

Keller-Sutter: Als erste St. Gallen und Appenzell Innerrhodens. Damit war das Quorum für das Zustandekommen des Konkordates geschaffen und die Notwendigkeit eines neuen Bundesgesetzes beseitigt. In einer Reihe von Kantonen laufen nun die parlamentarischen Prozesse für deren Beitritte.

Werden die Instrumente, die Ihnen das BWIS zur Verfügung stell-

te, beim Übergang zum Konkordat angepasst?

Keller-Sutter: Ja, es wurden zusätzliche Bestimmungen aufgenommen, wonach das Mitführen oder Verwenden von Waffen, Sprengmitteln, Schiesspulver oder pyrotechnischen Gegenständen auch in der Umgebung von Sportstätten untersagt ist. Die Bundeslösung sah nur ein Verbot im Stadion selbst vor. Nebst dem Konkordat gibt es aber noch weitere Massnahmen, zum Beispiel den von Bundesrat Schmid einberufenen runden Tisch zum Thema Sicherheit an Sportveranstaltungen, an dem sich KKJD, Swiss Olympic, Fussballverband und andere Organisationen beteiligen. Im Rahmen eines Pilotversuchs wird nun der Einsatz biometrischer Anlagen zum Aufspüren von Personen mit Stadionverbot getestet. Weiter soll der Nutzen von Alkoholbeschränkungen, Spielerbotschaftern, Fan-Aktivitäten oder der Verlegung von Hochrisikospiele auf den Sonntagmittag evaluiert werden. Der Pilot beginnt im Oktober und wird bis 2009 laufen.

Ein Sicherheitsthema, das der Ständerat diese Woche beriet, war die Privatisierung der Bahnpolizei, ein Thema im Paket der Bahnreform 2. Ein Anliegen, das bei Polizeibeamten wenig Begeisterung auslöst. ...

Keller-Sutter: Ich denke, die Polizeigewerkschaft ist vor allem deshalb nicht begeistert, weil sie eine weitere Erhöhung der Bestände in den Polizeikorps vorzöge.

Was halten Sie von der Privatisierung von Sicherheitsaufgaben im öffentlichen Raum?

Keller-Sutter: Grundsätzlich habe ich kein Problem damit, dass private Unternehmen Sicherheitsfunktionen übernehmen. Allerdings ist klar: Je privater eine Organisation ist, desto weniger weit dürfen ihre Befugnisse zu Eingriffen in wichtige Rechtsgüter reichen. Eine Übertragung hoheitlicher Funktionen an Private kommt für mich nicht infrage. Möglich sind jedoch die Begleitung in den Zügen, die Bewachung von Objekten, Alarmierungen oder das Festhalten von Personen, bis die Polizei eintrifft.

Die kleine Kammer hat wie zuvor der Nationalrat beschlossen, die Bewaffnung der Bahnpolizei grundsätzlich zuzulassen. Was halten Sie davon?

Keller-Sutter: Ich kann damit leben, dass das Parlament diese Möglichkeit aufgenommen hat. Die Bewaffnung muss aus meiner Sicht jedoch die Ausnahme bleiben. Ich gehe davon aus, dass die Bahnpolizei ihren Dienst wie bis anhin unbewaffnet leisten wird. Der Einsatz einer Schusswaffe ist immer das letzte aller Mittel und muss gut abgewogen werden.

Dafür sind private Firmen für den Bürger intransparent und bewegen sich auch mal im Graubereich der Gesetze, wie das Auspionieren von Globalisierungskritikern durch die Securitas zeigte.

Keller-Sutter: Für die Benutzer des öffentlichen Verkehrs zählt in erster Linie, dass jemand da ist und aufpasst, denn zu gewissen Tageszeiten sind die Zustände in den Zügen sehr unbefriedigend. Selbstverständlich kann es nie die Sache einer privaten Sicherheitsfirma

sein, spionageähnliche Aktionen durchzuführen. Das Ermitteln und Aufklären von Straftaten muss eine hoheitliche Aufgabe des Staates bleiben, kontrolliert durch Justiz und demokratisch gewählte Aufsichtsorgane. In diesem Punkt sind die Regeln eigentlich klar. Als Problem erkannt wurden dafür die kantonal unterschiedlichen Zulassungsstandards für private Sicherheitsunternehmen. Dies soll ein Konkordat in Zukunft einheitlich regeln.

Ein anderer «Aufreger» ist die jüngst gestiegene Zahl von Asylgesuchen. Sie hatten beklagt, es gebe nicht genug Unterkünfte. Justizministerin Eveline Widmer-



Eine Übertragung hoheitlicher Funktionen an Private kommt nicht infrage

Schlumpf antwortete vor Wochenfrist, dieses Problem habe alt Bundesrat Christoph Blocher während seiner Amtszeit verursacht. Teilen Sie diese Meinung?

Keller-Sutter: Es ist ja so, dass die Kantone heute die Beherbergung der Asylsuchenden für den Bund übernehmen. Die entsprechenden Strukturen wurden auf etwa 10 000 Personen pro Jahr ausgeglichen ...

Eine Zahl, die gemäss Bundesrätin Widmer-Schlumpf falsch ist.

Keller-Sutter: Sicher ist, dass die heutigen Strukturen zu einem Zeitpunkt organisiert wurden, als die Asylzahlen auf einem historischen Tiefstand waren und der Bund seine Vergütungen im Asylwesen laufend gekürzt hat. Meiner Meinung nach haben die Kantone deshalb die Zahl der Unterkünfte zu Recht heruntergefahren, schliesslich war es ihnen nicht zumuten, über längere Zeit hinweg teure Überkapazitäten zu unterhalten.

Es war aber auch abzusehen, dass die Asylzahlen nicht für immer bei bloss 10 000 Anträgen jährlich stehen bleiben würden.

Keller-Sutter: Das ist richtig. Aus diesem Grund hatte Bundesrat Blocher auch zugesichert, bei einem Anstieg der Gesuche in einer ersten Phase, etwa sechs Monate lang, für die nötigen Unterkünfte zu sorgen und so den Kantonen genug Zeit zu verschaffen, ihre Kapazitäten wieder zu erhöhen. Was nun aktuell für rote Köpfe sorgt, ist diese Überbrückungsfunktion des Bundes.

Aber ein Anstieg um einige hundert Gesuche pro Jahr darf doch nicht das ganze System an den Rand des Kollapses bringen.

Keller-Sutter: Stimmt – wenn denn der Jahreschnitt für die Situation der Kantone relevant wäre. Leider gehen aber Zu- oder Abnahme der Asylzahlen nicht langsam vor sich, sondern plötzlich. Aktuell kam es nach einem Entscheid der Asylrekurskommission zu einem sprunghaften Anstieg von Gesuchstellern aus Eritrea. Und die Flüchtlingsströme halten an. Die Zuweisungen an den Kanton St. Gallen allein haben sich seit August verdoppelt. Dies könnte nur bewältigt werden, wenn sich St. Gallen zuvor teure Überkapazitäten geleistet hätte.

Das heisst, die Asylzentren des Bundes weisen die Gesuchsteller zu schnell an die Kantone weiter, statt die von Christoph Blocher versprochene Pufferfunktion zu übernehmen?

Keller-Sutter: Noch mal: Wir haben keine Krisensituation, aber wir müssen einen kurzfristigen Anstieg bei den Gesuchen managen. Meine politische Frage dabei war: Wird der Bund seine Pufferfunktion übernehmen und die Asylsuchenden möglichst erst nach Abschluss des erstinstanzlichen Verfahrens, also nach etwa 30 bis 60 Tagen, zu uns schicken? Und wird die Vergütung an die Kantone so geregelt, dass wir nicht bereits nächstes Jahr wieder in die gleichen Schwierigkeiten geraten?

Dann hat also alt Bundesrat Blocher nichts falsch gemacht?

Keller-Sutter: Zurzeit werden viele Gesuchsteller schon wenige Tage nach ihrer Ankunft auf die Kantone verteilt, weil auch die Empfangsstellen des Bundes voll sind. Daraus nun aber einen Streit pro oder kontra Blocher beziehungsweise pro oder kontra Widmer-Schlumpf zu machen, halte ich für völlig verfehlt. Schliesslich hat der momentane Anstieg der Gesuche nicht das Geringste damit zu tun, wer nun das Justiz- und Polizeidepartement leitet. Sondern einzig mit gewissen Entscheiden der Asylrekurskommission sowie mit den Flüchtlingen, die aktuell über Lampedusa nach Europa kommen. Die italienischen Behörden sind damit so überfordert, dass sie einen Teil der Flüchtlinge bös gesagt einfach «durchwinken».